

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Dreifache Sitzung vom 9. Januar.

(Schluß.)

Abg. v. Seydewitz erklärt sich gegen den Antrag. Auch er wünsche, daß Lauenburg mit der Krone Preußen vereinigt würde, er glaube aber nicht, daß der vom Abg. Twesten vorgeschlagene Weg dahin führen könne, dieses Ziel zu erreichen. Auch sollte man sich hüten, eine Einnahme in den Etat aufzunehmen, welche nicht realisiert werden kann.

Abg. v. Benda: Das Haus hat die Verpflichtung, die Regierung auf den bisherigen Mangel aufmerksam zu machen und dafür zu sorgen, daß eine Korrektur vorgenommen werde.

Ministerpräsident Graf Bismarck (der soeben in den Saal getreten ist): Die Frage, um die es sich handelt, ist die, ob das Herzogthum Lauenburg verpflichtet ist, die in Rede stehende Zahlung zu übernehmen. Wenn darüber auch nur geringe Zweifel bestehen, so scheint es mir bedenklich, den Finanzminister auf eine Einnahmequelle hinzuweisen, welche nicht flüssig ist. Die Ansicht von der Verpflichtung Lauenburgs wird im Herzogthume nicht getheilt, und es sind auch bereits vor Jahr und Tag Verwahrungen von dort her eingegangen. Bei solchen Verschiedenheiten der Ansichten kann man über die Bedenken nicht so leicht hinwegsehen. Ich halte es also nicht für richtig, den Finanzminister auf eine streitige Forderung anzuweisen, oder die Regierung auf den Weg der Gewalt zu drängen. Das Herzogthum Lauenburg hat diese Gewalt in seiner Weise verdient. Lauenburg hat den Vorzug, denselben Souverän mit Preußen zu haben und diesen hat es mit einer bedeutenden Geldsumme erkaufte, weil die Summe, welche an Oesterreich gezahlt ist, lauenburgische Staatsschuld geworden ist. Der sehr bedeutende Transitzoll ist zu Gunsten des Berliner Handels ohne Entschädigung gefallen. Fordern Sie die Regierung nicht zu einer Gewalt, zu der ich meine Hand nicht bieten werde. Das Land ist uns freiwillig entgegengekommen — der Satz vollendet sich von selbst. Lauenburg und Preußen sind zwei Bundesstaaten, und es kann nur ein Schiedsgericht über die Frage entscheiden. Einem so wehrlosen Gegner gegenüber scheint mir dieser Weg richtiger, als der Weg der Gewalt.

Abg. Lasker: Die Frage ist allerdings eine reine Rechtsfrage. — Die Verfassung schreibt vor, daß alle Einnahmen und Ausgaben durch den Etat gehen müssen. Nur wenn die Regierung erklärt, daß sie die Forderung nicht eingehen will, kann sie sagen: ich weigere mich, die Summe in den Etat aufzunehmen. Allein eine solche Behauptung kann nach dem Gesetze vom März 1868 nicht aufgestellt werden.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Auf die Einverleibung Lauenburgs eine Preßion auszuüben, halte ich nicht für richtig; sie wird ganz von selber kommen. Unsere Politik wurde damals auf das Schärfste bekämpft, woraus sich die Schöpfung des Kleinstaates rechtfertigt. Der Weg eines schiedsrichterlichen Verfahrens ist der einzig richtige und der preussische Finanzminister hat sich mit demselben einverstanden erklärt.

Abg. Twesten: Das Staats-Ministerium war verpflichtet, diese Summe in den Etat aufzunehmen; hat das Ministerium dies nicht gethan, so ist es unsere Pflicht, dies zu thun. Es stehen viele Positionen im Etat, deren Eingang zweifelhaft ist, und wenn das Geld wirklich nicht eingeht, so kommt es im nächsten Etat auf die Restbeträge.

Finanzminister v. d. Heydt: Auch ich muß ganz entschieden davon absehen, Einnahmen in das Budget aufzunehmen, welche zur Zeit nicht liquide sind. Den schiedsrichterlichen Weg halte auch ich für richtiger als den Weg der Klage.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich möchte nochmals zur Geduld in Bezug auf die Einverleibung mahnen; sie wird bestimmt kommen, und ich führe an, daß wir bereits vor fast einem Jahre einen besonderen Kommissarius dorthin geschickt haben, der die Aufgabe hat, die Einverleibung vorzubereiten.

Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt sich gegen den Antrag.

Abg. Dr. Birchow: Wir wollen nicht einen Rechtsanspruch dem Herzogthum Lauenburg gegenüber geltend machen, sondern es handelt sich um die Pflicht, welche der König von Preußen nach dem Wiener Frieden übernommen. Wäre Lauenburg inorporiert worden, so würde die Verpflichtung auf den Staat Preußen übergegangen sein. Der König hat als Herzog von Lauenburg einen Theil der Verpflichtungen übernommen. Wir können uns nicht auf ein Schiedsgericht einlassen, weil die Verpflichtung von Lauenburg durch Verträge ausdrücklich anerkannt ist. (Sehr richtig!) Wir verlangen, daß die Staatsregierung Verträge, welche sie jetzt abgeschlossen hat, ausführe und halte; wir verlangen, daß das preussische Staatsministerium den Minister für Lauenburg zwingen soll, die Rechte des preussischen Staats anzuerkennen. (Heiterkeit.)

Abg. Windthorst (Meppen): erklärt sich gegen den Antrag Twesten, weil er als Ausweg nur die Entscheidung des Schiedsgerichts für richtig hält. — Nachdem Abg. Grumbrecht für den Antrag gesprochen, wird die Diskussion geschlossen und der Antrag Twesten mit geringer Majorität abgelehnt.

Zu Tit. 3. „Außerordentliche Einnahme“ liegt vor: 1) der Gesetzentwurf betreffend die Uebernahme der auf den Etragnissen des Staats aus dem Köln-Mindener Eisenbahn-Unternehmen bestehenden Verpflichtungen zur Gewährung von Zinszuschüssen und Amortisationsbeträgen auf die allgemeinen Staatsfonds; 2) der Antrag des Abg. Lasker: „zu Tit. 3 die Bewilligung in folgender Fassung auszusprechen: Tit. 3. Außerordentliche Einnahme: 14) an baaren Beständen aus Nebensfonds 1,300,000 Thlr., 15) aus den bereiteten Beständen der Seehandlung 3,900,000 Thlr. = 5,200,000 Thlr.“

Abg. Graf Bethusy-Huc beantragt: sowohl den Gesetzentwurf wie den Antrag Lasker an die Budget-Kommission zur Vorberatung zu verweisen.

Nach einer kurzen Diskussion über die geschäftliche Behandlung dieses Antrages, erklärt der Finanzminister v. d. Heydt: Wie die Staatsregierung die zuverlässige Hoffnung hegt, rücksichtlich aller andern Etatspositionen mit dem Hause zu einer Einigung zu gelangen, so ist es der lebhafteste Wunsch der Regierung auch bei dieser Position, und insofern der Antrag des Abg. Graf Bethusy-Huc dieses Ziel im Auge hat, kann ich denselben nur empfehlen.

Für den Antrag Bethusy-Huc sprechen darauf der Antragsteller und die Abgg. Graf Schwerin und Lasker, dagegen der Abg. Heise. Bei der Abstimmung wird der Antrag Bethusy-Huc mit 178 gegen 136 Stimmen angenommen, wodurch die Beratung dieses Etats vorläufig verlagert ist.

Es folgt die Vorberatung des Etatsgesetzes und des Nachtrages zum Etatsgesetz.

Die Abstimmung über § 1 wird ausgesetzt, da die Summen des Etats erst bei der Schlußberatung festgestellt werden können.

§ 2 lautet: „Im Jahre 1869 können nach Anordnung des Finanz-Ministers verzinssliche Schapanweisungen, längstens auf ein Jahr lautend, im Betrage von dreizehn Millionen Thalern ausgegeben werden. Die auf Grund der Gesetze vom 24. Februar 1868 und vom 3. März 1868 im Jahre 1868 ausgegebenen Schapanweisungen von gleichem Betrage sind bei eintretender Fälligkeit einzulösen.“

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. v. Benda und Twesten zu diesem Paragraphen erklärt der Finanzminister: Die Absicht bei der Fassung dieses Paragraphen ging dahin, daß die Regierung durch die neuen Schapanweisungen zu bezahlen, weil es dazu an anderen Fonds fehlt. Die Regierung wünscht nur das Geld vorher zu beschaffen, welches der Finanzminister der Staatsschulden-Kommission überweisen muß. Sonst wäre dieser Modus für die Finanzverwaltung ein höchst unbequemer. — § 2 wird genehmigt, ebenso § 3, 4 (Zinseinnahme für die geleisteten Ausgaben bis zur Feststellung des Etats) und § 5, womit die Vorberatung des Etats beendet ist. Der Präsident spricht die Hoffnung aus, mit der Schlußberatung am Donnerstag beginnen zu können.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwürfe betreffend die Traubensteuer, Vormünderordnung für Schleswig-Holstein, Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft in Hannover und Schleswig-Holstein, Einführung kürzerer Verjährungsfristen in Schleswig-Holstein u.

Deutschland.

□ Berlin, 8. Januar. Die Konferenz wird morgen zusammengetreten. Die Türkei hat sich jetzt bereit erklärt, der Einladung zu diesem Tage Folge zu geben. Man hatte bisher in diplomatischen Kreisen die Befürchtung gehegt, daß eine längere Zögerung der Pforte die Lage der griechischen Bevölkerung in der Türkei erschweren könne, da den Behörden in der Wahl der Auszuweisenden von der Pforte freie Hand gelassen worden war und daher leicht Willkürlichkeiten jeder Art vorkommen konnten. — Von österreichischen Blättern ist die Nachricht verbreitet worden, daß Rußland in Bessarabien militärische Vorbereitungen und Manövers betreibt. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, wie viel Provokationen und Drohungen von Oesterreich, namentlich im österreichischen Nothbuch gegen Rußland ausgesprochen worden sind und wie unverholen es dargelegt worden ist, daß die Politik des österreichischen Reichskanzlers dahin geht, eine Koalition der Westmächte gegen Rußland zu Wege zu bringen. Man kann sich daher gar nicht wundern, wenn Rußland einigermassen besorgt wird und sich bei Zeiten in Verteidigungsstellung setzt, zumal seine Verhältnisse eine so rasche Konzentration seiner Streitkräfte, wie in andern Staaten, nicht gestatten. Sollten daher wirklich russische Truppensammeln in Bessarabien statt-

finden, so sind dieselben nur als eine Folge der Herausforderungen und Drohungen des österreichischen Reichskanzlers anzusehen. Auch hat man sich hierbei zu erinnern, daß der österreichische Kriegsminister Ruche seiner Zeit bei Gelegenheit der Debatten über das Wehrgesetz die Nothwendigkeit der Befestigung Krakaus und der Karpatenpässe offen erklärt hat und daß man eben in diesem Augenblick mit dem Plane der Befestigung Eperies in Ungarn, dem Schlüssel zu Ungarn und Oesterreich von russischer Seite aus, stark beschäftigt ist. — Die auf den 25. d. Mts. angesetzte Konferenz wegen der Beratung eines neuen Reorganisationsplanes für die Provinzial-Gewerbeschulen wird von dem Minister Graf Jsenpflitz präsidirt werden. Es werden an der Konferenz Theil nehmen, von Seiten des Ministeriums der Ministerial-Direktor Moser, der Geh. Reg.-Rath Herzog, beide aus der Handelsabtheilung, und der frühere Direktor der Gewerbe-Akademie Geh. Ober-Baurath Nottebohm, welcher der Bauabtheilung angehört, seitens der Universität der Geh. Ober-Reg.-Rath und Professor Dr. Magnus und der Professor Dr. Hoffmann; seitens der Gewerbe-Akademie der Direktor derselben Professor Releaur; seitens der Bau-Akademie der Direktor derselben Geh. Ober-Baurath Grund und seitens der Gewerbeschul-Institute in den Provinzen der Provinzial-Gewerbeschule-Direktor Wernicke aus Gleiwitz, Vorgesetzter aus Briesg, Dr. Bardeleben aus Bochum und Dr. Bäcker aus Köln, der Gewerbeschul-Lehrer Dr. Breitenstein aus Halberstadt, der Direktor der höheren Gewerbeschule zu Kassel Dr. Wiede und der Direktor der polytechnischen Schule zu Hannover Carmarsh.

Berlin, 10. Januar. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags mit mehreren Militärs auch den württembergischen Militär-Bevollmächtigten, Oberstleutnant Faber du Faur, nahm hierauf die Vorträge des Militär- und Civil-Kabinetts und des Geh. Hofrathes Vord entgegen, arbeitete dann mit dem Kultus-Minister v. Mähler und machte Nachmittags eine Ausfahrt; vorher hatte der Prinz Albrecht einen Besuch im Palais abgestattet. Nach dem Diner wohnte der König und die Königin dem Vortrage des Prof. Dr. Knoblauch „Ueber Umwandlung und Erhaltung der Kraft“ im wissenschaftlichen Verein in der Singalademie bei.

Der Prinz und die Frau Prinzessin von Wales werden in etwa 14 Tagen zum Besuch an den Hof kommen und während der Dauer ihres Aufenthaltes hier selbst im Kronprinzipal Palais Wohnung nehmen.

In Folge der Beratungen des Etats für das Kultusministerium hat der Kultusminister von Mähler sämtliche evangelische Abgeordnete aus dem Regierungsbereich Kassel auf gestern Abend zu einer vertraulichen Besprechung über die Einrichtung der Konfessionen in Hessen-Kassel eingeladen. Die Besprechung hat indessen nicht stattgefunden, weil der Minister anderweitig beschäftigt war. Die Konferenz wird für die nächsten Tage eingeladen werden.

Die Unterrichts-Kommission hatte bekanntlich in ihrer letzten Sitzung den Kultusminister aufgefordert, die von ihm eingebrachten früheren Unterrichts-Gesetzesentwürfe vorzulegen, und der Minister hatte diesen Antrag abgelehnt. In der heut Abend stattgefundenen Sitzung behufs Feststellung des Berichts über den Entwurf wegen Streichung des Al. 3 des Art. 25 der Verfassung (unentgeltlicher Unterricht in den Volksschulen) gab der Regierungs-Kommissarius die Erklärung ab, daß alle seit 1817 ausgearbeiteten Entwürfe von Unterrichts-Gesetzen zusammengestellt gedruckt und in etwa 14 Tagen durch den Buchhandel veröffentlicht werden sollten, diese Druckchrift aber offiziell an die Abgeordneten zur Vertheilung kommen werde. Diese Erklärung wurde dem Bericht beigelegt. Die Kommission beantragt, wie mitgetheilt, die Ablehnung des Gesetzentwurfes. — Der Bericht ist heut noch nicht ganz fertiggestellt worden. — Wie man jetzt erfährt, hat der Graf Bethusy-Huc in der heutigen Sitzung seinen Antrag auf Verweisung des Tit. 3. der Einnahmen bei der Allgemeinen Kassen-Verwaltung (5,200,000 Thlr. außerordentliche Einnahmen zur Deckung des Defizits), des die Staatsgarantie für die Eisenbahnen der Köln-Mindener Gesellschaft betreffenden Entwurfes und des Lasker'schen Antrages in die Budget-Kommission auf besonderen Wunsch des Grafen Bismarck und des Ministers von der Heydt gestellt.

Potsdam, 8. Januar. Schon wieder hat unsere Stadt den herben Verlust eines ihrer geachteten, in den weitesten Kreisen wissenschaftlich gebildeten, hochgeschätzten und verehrten Mannes zu beklagen. Kaum sind wenige Wochen verfloßen, daß der Tod den berühmten Kanzelredner Dr. Krummacher aus unserer Mitte rief, als derselbe unerbittliche Gast heute Nachmittags in der dritten Stunde dem ruhmvollen Leben des berühmten Predigers Dr. Elstner ein Ende brachte. Schon seit Jahren leidend, war in den letzten Tagen sein Zustand fast hoffnungslos geworden, und sah man der Auflösung entgegen. Elstner, einer der größten Schüler Schleiermachers, hatte sich als Kanzelredner und

theologischer Schriftsteller einen hochgeachteten Namen in der evangelischen Christenheit zu erringen gewußt. Groß sind seine Verdienste um den Gustav-Adolph-Verein. Wie eine eiserne Säule trotzte er in fester, eigenartiger Glaubensüberzeugung allen Widersachern und häßlichen Angriffen. Kernig, derb und ungeschmückt wie sein Wort, war sein gerader, fester Charakter. Und wenn ihn des Geistes Flügel in der Rede berührte, dann donnerten, hämmerten, schnitten tief ein seine klaren, reinen, ohne phantastisches Beiwerk verdunkelten Worte, und stets enthielten seine Predigten eine Fülle geistiger Schätze, die uns sonst nicht in den ausgetretenen Geleisen Tausender von Alltagspredigten entgegentreten. Darum sah Elstner auch in seiner Kirche stets alle die Bewohner von näheren und ferneren Stadttheilen, die mit Recht Anspruch auf höhere geistige Bildung machten. — Konrad Wilhelm Heinrich Leopold Elstner, wurde am 19. März 1812 zu Berlin von reformirten Eltern geboren, besuchte vom 11. Jahre ab das Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, welches er im 17. Lebensjahr mit dem Zeugnis der unbedingten Reife verließ, um von 1829 bis 32 die Berliner Universität zu besuchen. Besondere Religionsunterricht nahm er noch bei seinem Heim, dem Hofprediger Saß. Obgleich anfänglich entschlossen, sich den Sprachstudien zu widmen, ging er bald zur Theologie über. Nach absolvirter erster Prüfung am 19. März 1833 zum Predigtamts-Kandidaten ernannt, wurde er am 17. Oktober an das hiesige Königl. Kadetteninstitut als Gouverneur berufen. Am 1. April 1838 trat er als Prediger der reformirten Gemeinde an die Heiligegeist-Kirche, und am 1. Juli 1850 wurde er Prediger der lutherischen Gemeinde an derselben Kirche. Im Jahre 1858, bei der 300jährigen Jubelfeier der Jenaer Universität, verlieh ihm die Letztere das Doktor-Diplom der Theologie. Am 1. April 1863, zum 25jährigen Amtsjubiläum, erklärten Magistrat und Stadtratskollegium, ihm Anerkennung seiner Verdienste um Gemeinde und Stadt, ihn zum Ehrenbürger von Potsdam.

Malchin, 9. Januar. Der Landtag ist geschlossen. Der Landtagsabschied des Großherzogs von Schwerin bewilligt, daß die Handelskassensteuer und die Mahl- und Schlachtsteuer in den Landstädten interimistisch für das Rechnungsjahr 1868—69 nur zur Höhe von 50 pCt. des vorjährigen Etragnisses erhoben werden. Der Ausfall soll durch die vorjährigen Restüberschüsse aus der General-Zollkasse und durch die neu eingeführte Besteuerung des ländlichen Schlächter-, Bäcker- und Märlergewerbes und sonstigen ländlichen Handelsbetriebes gedeckt werden. Für die Bedürfnisse der allgemeinen Landes-Rezeptur-Kasse pro 1869 genehmigte der Großherzog die dafür bewilligte zweifache Erhebung des außerordentlichen Kontributions-Geldes vom 18. Februar 1854 (im April und Oktober). Der Großherzog erhofft von der nächsten Session eine definitive Einigung über die Reform der inneren Steuer-Gesetzgebung, welche in Folge der indirekten Steuern des Zollvereins für die unbedeutenden Volksklassen ein dringendes Bedürfnis geworden ist. Die von den Ständen zu der diesmaligen bezüglichen Regierungsvorlage gemachten Bemerkungen werden geprüft, eventuell die kommissarisch-deputatlichen Verhandlungen wiedereröffnet werden.

Desau, 8. Januar. (Post.) Der Dr. jur. Schröder, zur Zeit Privatdocent an der Universität in Göttingen, ein geborner Anhaltiner, hat von Seiten der Staatsregierung den Ruf erhalten, in den von den anhalt-bernburgischen Allobialerben gegen den Herzog angestregten Allobialprocessen als Rechtsbeistand den Justus zu vertreten. Derselbe, ein gediegener Rechtsgelehrter, hat den Ruf angenommen und wird demnächst nach hier übersiedeln. Dies beweist wiederholt, mit welchem Ernst die Allobialfrage seitens des Gouvernements behandelt wird, welche gegen unseren Souverän mit einigen zwanzig Processen aufgetreten, derselbe aber nicht gewillt ist, einem Vergleiche zuzustimmen, ebensowenig als seinem höchsten Rechte etwas nachzugeben. Wie ich Ihnen schon berichtete, ist die Zahl der Prozesse auf die Herausgabe von einer und einer halben Million Thalern und verschiedener Werthobjekte gerichtet. Die Allobialfrage ist übrigens mit der Domänenfrage congruent insofern, als der Abfindung der bernburger Allobialerben in den Grundzügen der Domänenfrage ausdrücklich gedacht ist.

Stuttgart, 9. Januar. Der „Staatsanzeiger von Württemberg“ schreibt: Prinz Wilhelm für Württemberg wird sich, sobald er seine akademischen Studien auf der Landes-Universität beendigt hat, zu seiner weiteren wissenschaftlichen Ausbildung und insbesondere zur Erlernung des Militärdienstes, wie dies auch von anderen württembergischen Offizieren geschehen, auf einige Zeit nach Berlin begeben.

Wien, 7. Januar. Unsere Offiziere sind doch von einer rührenden Naivität. Nachdem sie noch vor Kurzem Jeden als einen Böswilligen bezeichneten, der sich erlaubte an der Freundschaft zwischen Preuß und Andrássy zu zweifeln, erzählen sie jetzt in breitpuriger

Beise, daß die beiden Staatsmänner vollkommen ver-
söhnt seien, und daß die Versöhnung auf „neutralem
Boden“, d. h. bei dem französischen Botschafter, dem
Herzoge von Gramont, besiegelt und bekräftigt worden
sei. Sie geben demnach heute zu, was sie noch vor
einigen Tagen geläugnet hatten, daß nämlich eine Ver-
söhnung notwendig war, daß also ernste Differenzen
bestanden haben müssen. Für den unbefangenen Be-
obachter war dies längst kein Geheimniß mehr, so wie
er sich auch darüber nicht täuschen wird, daß diese
neueste Versöhnung keine dauernde und aufrichtige sein
kann. Es ist allerdings wahr, daß Graf Andrassy dem
Reichskanzler gegenüber eine gewisse Nachgiebigkeit in
der auswärtigen Politik an den Tag legte, er hat aber
bei dieser Gelegenheit auch die Forderung aufgestellt,
daß Dalmatien an Ungarn abgetreten werden möge,
und dieselbe bei Gelegenheit einer Konferenz mit dem
Dr. Giskra diesem letzteren gegenüber wiederholt. In
dieser Forderung liegt aber der Keim zu einem neuen
Konflikte, der möglicherweise bedenkliche Folgen haben
kann. Der Reichskanzler sucht demselben für seine Per-
son aus dem Wege zu gehen, indem er den ungarischen
Ministerpräsidenten an das cisleithanische Mini-
sterium wies, in dessen Ressort diese Frage gehöre; den
Konsequenzen dieser Frage wird er sich gleichwohl nicht
entziehen können, jedenfalls wird die ohnehin stark ver-
breitete Ansicht immer mehr Boden gewinnen, daß der
Reichskanzler nicht die geeignete Persönlichkeit ist, um
die diesseitigen Länder gegenüber dem Einflusse Ungarns
entsprechend zu vertreten. Zur Befestigung seiner Stel-
lung, welche er ohnehin nur der Geschicklichkeit ver-
dankt, mit welcher er sich allen Forderungen Ungarns
ohne Ausnahme fügte, wird dieser Umstand gewiß nicht
beitragen. — Die Deapartei macht riesige Anstrengun-
gen, um ihre Kandidaten bei den Wahlen durchzubrin-
gen und spricht man von der Zusammenfügung eines
Koalitionsministeriums, in welchem Ohyczy den Posten
eines Ministers des Innern übernehmen soll, indem
man in seiner jüngsten Wahlrede Anhaltspunkte zu fin-
den vermeint, welche eine Annäherung an die Deaf-
oder Regierungspartei befanden. Unter den aus dem
gegenwärtigen Ministerium auszuscheidenden Persönlich-
keiten nennt man Herrn von Lonyay, dann Freiherrn
von Bentheim, Herrn v. Gorovó und Justizminister
von Horvath.

Wien, 10. Januar. Die „Neue freie Presse“
meldet bezüglich der neuen türkischen Finanz-Operation,
mit deren Durchführung in Wien Daud-Pascha betraut
ist, daß der Zweck derselben die Emittirung einer Eisen-
bahn-Anleihe von 800 Millionen Francs sei. Ein inter-
nationales, aus Finanziers der beteiligten Plätze zu-
sammengesetztes Comité solle darüber wachen, daß die
Gelder nur für den Bau von Eisenbahnen verwendet
werden. Der Sitz der Gesellschaft solle in Wien sein,
wo in erster Linie die Kredit-Anstalt betheilig ist.

Wien, 9. Januar. Um Epyris werden For-
tifikationen angelegt.

Paris, 8. Januar. Der Kriegs-Minister hat
dem Marine-Minister ca. 2000 Chassepot-Gewehre
und 400,000 Patronen für die Marine-Infanterie
zur Verfügung gestellt, die man bekanntlich als Lan-
dungsstruppen zu verwenden pflegt. Jedenfalls ist dieses
nur eine Vorsichtsmaßregel, da man im Augenblick
wohl nicht kriegerische Eventualitäten zu erwarten hat.

Die Repräsentanten der Mächte versammelten
sich in dieser Woche fast jeden Tag im Ministerium des
Aussere, um über den griechisch-türkischen Konflikt zu
diskutiren. Den letzten, durch den Telegraphen gemel-
deten Artikel des Journals „La Turquie“ nimmt man
dort für das Resümé der Instruktionen, welche der
türkische Repräsentant von seiner Regierung erhalten hat.
Bekanntlich sagt derselbe, daß Djemil Pascha den Be-
fehl habe, die Konferenz zu verlassen, falls der russische
Botschafter für Griechenland eintrete und die eigentliche
orientalische Frage zur Sprache bringen wolle.

Der Staatsminister Bailliant hat Befehl er-
theilt, Boutet, dem Erfinder des Projektes des Baues
einer Brücke über den Kanal (von Boulogne nach Do-
ver), in einem der Staatsgebäude ein Lokal einzuräu-
men, wo er sein Modell aufstellen kann.

Paris, 9. Januar. Die Konferenz ist heute
Nachmittags eröffnet worden, der türkische Botschafter
am französischen Hofe, Djemil Mehemed Pascha, war
allein Vertreter der Türkei. — „Etenbard“ erklärt die
Gerüchte von russischen Rüstungen für unbegründet; das
Petersburger Kabinett habe, von dem Beginn des Kon-
flikts an, fortwährend eine friedliche Haltung bewahrt.
— Die Regierungsblätter sprechen sich dahin aus, daß
durch den Amtsantritt Lavalettes die Beziehungen Frank-
reichs und Italiens nicht geändert seien.

Paris, 10. Januar. Das „Journal officiel“
sagt, daß die Konferenz gestern ihre erste Sitzung ge-
halten hat und daß dieselbe Dienstag wieder zusamen-
treten wird.

Aus Kairo vom gestrigen Tage wird tele-
graphirt: Auf der Insel Réunion (indischer Ocean)
haben Aufständische stattgefunden. Die Truppen muß-
ten von der Schiffs- und Gebrauchs- und soll die
Zahl der Todten und Verwundeten achtzig betragen.
Die Ruhe ist wieder hergestellt. Nähere Einzelheiten
fehlen noch.

Italien. Die offiziellen Mittheilungen berich-
ten zwar, daß die Mahlfsteuer überall ohne weitere
Störungen eingeführt worden ist, aber die ober- und
mittellitalienischen Lokalblätter bringen Nachrichten ent-
gegengesetzter Art. Der „Patriota“ von Parma vom
4. Januar berichtet: „Der gestrige Tag verlief in Be-
zug auf die Stadt ziemlich ruhig, aber in den umlie-
genden Dörfern kam es zu Demonstrationen und Dro-
hungen. Eine Anzahl von Bauern aus San Secondo,
Noce, Midejano, Castiglione u. s. w., meistens mit
Stöcken bewaffnet, kam gestern an das Thor von Santa
Croce, um sich auf die Präfectur zu begeben und gegen
die Mahlfsteuer zu protestiren, aber sie fanden das Thor
geschlossen und von Infanterie und Cavallerie bewacht.
Es wurden nur Deputationen zugelassen, welche sich
auf die Präfectur begaben. Gegen Abend vertrieb die
Cavallerie die Bauern und die Nacht verlief ohne ernste
Folgen; einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Die
Stadt gleicht einem Waffenplatze, die öffentlichen Ge-
bäude, die Piazza, alle Thore und einige Straßenkreu-
zungen sind besetzt. In der Nacht wurden auch in der
Stadt Verhaftungen vorgenommen.“ Zu Borgo S.
Domino fanden Tumulte statt. Das Volk drang in
die Präfectur und wollte den Subpräfecten zwingen,
eine Adresse an den Minister zu erlassen, um Befreiung
von der Steuer. Da sie dieses nicht erlangen konnten,
so richteten sie einige Zerstörungen in den Bureau an
und es mußte die öffentliche Gewalt einschreiten. Am
4. wurden Truppen nach Borgo S. Domino abgesandt.
Der Independent von Bologna schreibt vom 5. Jan.,
daß in der ganzen Provinz die Einführung der Steuer
großen Widerstand findet. In verschiedenen Orten hatten
Volksaufläufe stattgefunden, welche gegen die Steuer
demonstrirten und die geschlossenen Mühlen gewaltsam
wieder öffneten. Zu Medicina wurden Verhaftungen
vorgenommen und ein Karabinier verwundet. Von
Bologna wurden nach allen Orten der Nachbarschaft
Truppen abgesandt. Die „Riforma“ berichtet von ern-
sten Unruhen, die in Reggio ausgebrochen wären. Der
„Italiano“ behauptet, daß die Mäuler in der Provinz
Ancona sich förmlich gegen die Steuer aufgelehnt hät-
ten, daß im Kriegsministerium große Besorgnisse über
die schlechten Nachrichten aus den Provinzen herrschen
und Befehl gegeben sei, bedeutende Verstärkungen von
Truppen nach Reggio und Pietrasanta zu expediren. Zu
Pelago, in der Provinz Florenz, kam es zum Gefechte
zwischen bewaffneten Bauern und der Nationalgarde,
wobei ein Bauer todt blieb und mehrere verwundet
wurden. An mehreren Orten zeigte sich, daß die Un-
ruhen von politischen Parteien geschürt waren; so waren
in Parma aufständische Proclamationen im Namen
eines Comité's angeschlagen; in Pavia wurden der-
gleichen Schriften ebenfalls im Namen eines Comité's
verbreitet, und in Verona riefen die Tumultuanten:
„Viva l'Austria! Viva il Papa!“

Dem „Südd. Korresp.-Bureau“ wird aus
Mailand gemeldet: „Der Kriegsminister Italiens berief
durch Circular die auf unbestimmte Zeit beurlaubten
Offiziere und Unteroffiziere ein.
Florenz, 9. Januar. Die „Gazzetta ufficiale“
meldet, daß gestern in den Provinzen Bologna, Parma
und Reggio keine neuen Aufständischen stattgefunden
haben und daß die Erhebung der Mahlfsteuer ganz regel-
recht vor sich geht. Die Nachrichten über die Steuer-
erhebung in den andern Provinzen lauten befriedigend.
Madrid, 9. Januar. Die amtliche „Ga-
zeta“ meldet die Abberufung des spanischen Minister-
präsidenten am Stockholmer Hofe Anduaga. Zu dem
Nachfolger desselben ist Alcaron ernannt.
Madrid, 9. Januar. Das Gerücht von
einer unter den Mitgliedern der Regierung entstandenen
Uneinigkeit, welches an der gestrigen Börse die Baisse
verursachte, wird von unterrichteter Seite als völlig un-
begründet erklärt. — „Epoca“ erwähnt eines Gerüchtes,
demzufolge ein bewaffnetes Korps unter dem Befehle
des Generals Milau del Bosch zusammengezogen wer-
den solle, um die nördliche Grenze der Halbinsel zu
überwachen und jeden Versuch einer Erhebung zu ver-
hindern. „Epoca“ hält diese Vorrichtung für unnütz, da
ein Bürgerkrieg nicht zu fürchten sei.
Madrid, 10. Januar. Die amtliche „Ga-
zeta de Madrid“ veröffentlicht einen Erlass des Finanz-
ministers Figuerola, wodurch das Personal der Junta
für die Zolltarife eine Umwandlung erfährt; die Junta
wird mit Revision der Gesetzentwürfe, welche den Cortes
vorgelegt werden sollen, beauftragt werden. — Ein Er-
lass des Kolonialministers Ayala genehmigt die Abän-
derung der Zolltarife für die Philippinen.
Lissabon, 8. Januar. In der Sitzung der
Deputirtenkammer zeigte der bisherige Konseilspräsident
Marquis Sa da Bandeira an, daß der König den
Herzog von Saldanha mit der Bildung des neuen Ka-
binets beauftragt habe.
Kopenhagen, 7. Januar. Gestern in der
Freimaurer-Festloge hielten Geheimer Konferenzrath Brä-
strup als Großmeister und Etatsrath Otto als Meister
vom Stuhl Neben in englischer Sprache, welche der
Prinz von Wales auf Englisch beantwortete. Die Ab-
reise der hohen Gäste wird wahrscheinlich Mitte nächster
Woche stattfinden.
Belgrad, 6. Januar. Die offiziöse „Ein-
heit“ meldet, die Pforte treffe in Bosnien Kriegerüstungen
und häufe Waffen an der bosnisch-serbischen Grenze auf.
Dem Vidoydan schreibt man aus Konstantinopel, daß
Frankreich und Oesterreich zu wesentlichen Reformen,
namentlich in Bulgarien, drängen.
Athen, 5. Januar. Diamtopoulos wurde zum
Justiz-Minister ernannt. Die Kapitulation Petropulaki's
wird bestätigt. Derselbe wurde mit einer Schaar Frei-
williger nach Syra gebracht. Der Sohn Petropulaki's
und andere einheimische Führer sind auf Kreta geblie-
ben. Die dortige sogenannte Insurrektions-Regierung
verfendete an die fremden Konjulin einen neuen Protest.
Pommera.
Stettin, 11. Januar. Es ist verschiedentlich

wahrgenommen, daß die bei oberen Provinzialbehörden
eingehenden Anträge auf Entlassung von Soldaten des
stehenden Heeres häufig der Vollständigkeit entbehren,
welche für die Beurtheilung der Gesamtverhältnisse der
Reklamirten und damit für die Entscheidung der Rekla-
mationen unerlässlich sind. Dasselbe ist der Fall mit
den Gesuchen um Freilassung von der Einstellung in
den Militärdienst, welche der Beschlußnahme der Erja-
behörden erster, resp. zweiter Instanz unterliegen, so wie
hinsichtlich der Reklamationen der Reserve- und Land-
wehr-Mannschaften wegen Zurückstellung für den Fall
einer Mobilmachung, über welche in dem Klassifications-
terminen zu entscheiden ist. Alle Gesuche um Befreiung
oder Zurückstellung von dem Militärdienste, auf Ent-
lassung oder Beurlaubung von demselben, müssen näm-
lich bei den Kreisbehörden angebracht werden, und
es ist ohne jeden Nutzen für die Betheiligten, wenn
Reklamationen unmittelbar an die Ober-Präsidenten und
an Se. Majestät den König gerichtet werden. Die
Ortsbehörden sollen deshalb allgemein dahin wirken,
daß von den Reklamanten der vorgeschriebene Instanzen-
weg inne gehalten werde. Die Gesuche um Zurück-
stellung oder Entlassung vom aktiven Militärdienste sind
übrigens ungemein schwer zu begründen und die Familien-
verhältnisse müssen von dem Ortsvorstande genau ge-
prüft werden. Namentlich wird das Vermögen der
Eltern und worin es etwa besteht, auch deren Gewerbe,
Schulden, Steuerlast und Viehstand erforscht, ferner die
Zahl der Brüder und Schwestern des Reklamirten und
wonit diese sich ernähren. Auch muß festgestellt wer-
den, wenn Brüder vorhanden sind, ob diese im stehenden
Heere gedient und event. weshalb nicht u. s. w.

Von Seiten des norddeutschen Bundes ist
bekanntlich beschloffen worden, das Auswanderungs-
wesen in den Seehäfen unter Aufsicht zu stellen, um
den vielfach dabei vorgekommenen Mißständen entgegen-
zuwirken. Nach dem Beschluß des Bundesraths sollte
dazu ein Bundes-Kommissarius bestellt werden, mit der
Aufgabe, die sämtlichen Anstalten für Beförderung der
Auswanderung in den Auswanderungshäfen zum Gegen-
stande einer regelmäßigen Beaufsichtigung zu machen.
Gegenwärtig ist nun ein solcher Kommissar in der Person
des Kapitäns zur See und Marine-Direktors Weich-
mann ernannt worden, welcher seinen Wohnsitz in
Hamburg nehmen wird. Mit seiner Vertretung als
Depot-Direktor in Stralsund ist der Kapitän-Lieutenant
Donner beauftragt.

Die Nr. 2 des „Justiz-Ministerial-Blattes“
publizirt u. A. folgendes Erkenntniß des Königl.
Ober-Tribunals vom 28. November 1868: Für den
mit der Anklage wegen eines Diebstahls befaßten Straf-
richter ist eine über das Eigenthum der angeblich ge-
stohlenen Gegenstände ergangene Civilentscheidung nicht
bindend.

Die Kataster-Kontroleure Knauer zu Frei-
walde a. D., Schünemann zu Stolp, sind zu Steuer-
Inspektoren ernannt worden.

An der in Berlin tagenden Konferenz von
Vertretern der Festungs-Kommune nehmen aus Gra b o w
an der Oder die Herren: Bürgermeister Knoll und
Stadtvorordneten-Vorsteher Domke Theil.

Pasewalk, 10. Januar. Unser Männer-
gesangsverein hat in seinem Vereinslokale, Stuthmann's
Hotel, wiederum eine seiner sehr beliebten genossenen
Abendunterhaltungen veranstaltet, welche bei ihrer sechs-
wöchentlichen Wiederkehr stets eine Fülle musikalischer
Genüsse bringen, die hauptsächlich in gesanglichen
Leistungen bestehend, Zeugniß dafür ablegen, daß es
dem Verein unter seiner ausgezeichneten Leitung des
Organisten Herrn Rohloff besonders darum zu thun
ist, die vorzutragenden Piecen durch correcte Ausführung
zur Geltung zu bringen, und dadurch den Sinn für
gute Musik immer mehr zu wecken und auszubilden.
— Außer den durch den Verein selbst, präcise und gut
nanciert vorgetragenen Männerchören, machten sich
mehrere einzelne Mitglieder durch Vortrag von Solo-
Piecen verdient, von denen besonders ein durch die
Gesangmeister Fr. E. gesungenes Duett ausgedehnet
vorgetragen und durch reichliche Beifallsbezeugungen
wurde. Zwei gemischte Quartetts erwarben sich gleich-
falls reichen Beifall. Wünschenswerth wäre es, wenn
das mannigfach verursachte Geräusch unterbliebe, wie
es auch gerügt werden muß, daß sich einzelne Herr-
schaften während der Musik noch zu sehr der Unter-
haltung hingeben. Wie gewöhnlich beschloß ein Tanz
den Abend, dessen Wiederkehr, wie auch eine immer
größere Betheiligung des Publikums wir von Herzen
wünschen.

Bermischtes.

Berlin. Seit einigen Tagen hält sich hier ein
Polizeibeamter aus Pest auf, der den Auftrag hat,
einen jüdischen Handelsmann aus Ungarn, der sowohl
in seiner Heimath, als in anderen Staaten großartige
Schwindelcien mit gefälschten Wertpapieren verübt
hatte, zu ermitteln. Die Behörde in Pest schöpfe
sich sofort Verdacht, daß der Industrieller, als er ver-
schwand, sich nach Berlin begeben haben würde, und
sendete den Beamten deshalb hierher. Der Verdacht
war nicht unbegründet, denn bald nach Verhaftung
mit der hiesigen Kriminalpolizei gelang es auch den
Schwindler zu verhaften, der nunmehr unter sicherer
Begleitung seine Heimreise in die Heimath antreten wird,
um dort in Gemeinschaft mit einer ganzen Bande
Fälscher vor Gericht gestellt zu werden.
— Der alte Auber ist bekanntlich tief in den Acht-
zigern. Als vor einigen Tagen ein Professor des Kon-
servatoriums sich bei ihm entschuldigte, daß er ihm
seinen Neujahrsbesuch nicht pünktlich am 1. Januar

abgestattet habe, antwortete ihm Auber: „Sie sind
vollkommen entschuldigt; ich will Ihnen nur sagen,
daß ich den Entschluß gefaßt habe, künftig nur alle
zwei Jahre zu empfangen.“
— In Berliner militärischen Kreisen macht ein
Ereigniß von gewiß seltener Art viel von sich reden.
Es werden nämlich seit dem Weihnachtsfeste zwei Offi-
ziere der hiesigen Garnison, v. R. und M., vermisst,
deren Verbleib noch bis jetzt unerklärlich geblieben ist.
Beide gehörten als Sekonde-Lieutenants der Feld-Ar-
tillerie an, hatten den Feldzug von 1866 mitgekämpft,
nach dessen Beendigung sie zu ihrer jetzigen Charge be-
fördert wurden. Seit Oktober v. J. befanden sie sich
abkommandirt auf einer hiesigen höheren Militärbildungs-
Anstalt.

München, 6. Januar. Der Gefreite Heinrich
Steinmeyer vom 10. Infanterie-Regiment wurde durch
militärgerichtliches rechtskräftiges Urtheil vom 23. No-
vember v. J. wegen erschwerter militärischen Verbre-
chens der Subordinationsverletzung, verübt durch vor-
sätzliche, mit überlegtem Entschluß ausgeführte Tödtung
eines Vorgesetzten, des Korporals Johann Pöhlmann
desselben Regiments, zur Todesstrafe durch Erschießen
verurtheilt. Da kein zureichender Grund zur Milderung
dieses Urtheils gefunden wurde, war dasselbe zum Voll-
zug überwiesen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 9. Januar. Witterung: trübe. Wind SW.
Temperatur + 7° R.
An der Börse.

Weizen loco matter, Termine flau, pr. 2125 Pfd.
ungarischer geringer 59—62½, besserer 63—65, feiner
65½—66½, gelber inländ. 71½—72½, bez.,
bunter poln. 68½ bis 71½, weißer 73—75
bez., 83—85 Pfd. Januar 70½, Mai-Juni 70½,
70 bez. u. Br., Mai-Juni 70½, ½ bez.

Roggen matt, loco per 2000 Pfd. 51½—52
bez., pr. Januar 50½, bez. u. Br., Frühjahr 52,
51½, bez. und Br., Mai-Juni 52½, ½ bez.,
Juni-Juli 53½, ½ bez.

Gerste matter, pr. 1750 Pfd. loco ung. 42½ bis
43½, mittel 44—45, feine 48—49, pom.
50—52, bez., Märkte 52½, 54½, nach Qualität
69—70 Pfd. pr. Frühjahr schlech. 49½, bez. u. Br.

Safer flücker, pr. 1300 Pfd. loco 34—35, bez.,
47—50 Pfd. Frühjahr 35½, bez. u. Br.

Erbisen mehr angeboten, pr. 2250 Pfd. loco Futter-
56½—57½, bez., Koch 58—59½, Frühjahr Futter-
58½, bez. u. Br.

Malz unverändert.
Rübsen behauptet, loco 9½, bez., 9½, Br., Januar
9½, bez., Br., Januar-Februar 9½, bez., April-Mai
9½, bez., 9½, bez., Septbr.-Oktbr. 9½, bez.,
Spiritus etwas matter, loco ohne Faß 15½, bez.,
bez. u. Br., Januar-Februar 15½, bez., Frühjahr 15½,
bez. u. Br., 15½, bez., Juni-Juli 16½, bez. u. Br.
Angemeldet: 100 Centner Rübsen, 10,000 Art.
Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 70½, Roggen
50½, Rübsen 9½, Spiritus 15½.

Stettin, den 11. Januar.

Hamburg	6 Tag.	150½ bz
Amsterdam	2 Mt.	15 B
London	8 Tag.	142 G
Paris	2 Mt.	—
Bremen	10 Tag.	6 24½
St. Petersburg	3 Mt.	6 23 B
Wien	10 Tag.	81½ B
Prouss. Bank	2 Mt.	80½ B
Sts.-Anl. 5457	3 Weh.	—
St.-Schl. 54	8 Tag.	—
P. Präm.-Anl.	2 Mt.	—
Pomm. Pfdb.	4	Lomb. 4½ %
Rentob.	4½	—
Ritt. P. P. B. A.	5	—
Borl.-St. E. A.	3½	—
Prior.	4	—
Starg.-P. E. A.	4	—
Prior.	4½	—
St. Stadt-O.	4	—
St. Börsenhaus-O.	4½	92½
St. Schauspiel-O.	4	—
Pom. Chausseb.-O.	5	—
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V. A.	5	114½ B
Pr. Soc.-Assicuranz.	4	10 G
Pomerania.	4	120 B
Union.	4	105 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik.	4	—
Brodower.	4	—
Walzmühle.	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp-G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfor-C.	4	96 B
Germania.	4	101 bz
Vulkan.	4	140 B
St. Dampfmühle.	4	110 B
Pommersd. Ch. F.	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünge-F.	5	—
Gemeinn. Banges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	—

Auction.

Auf Verfügung des Königl. Kreisgerichts sollen am
12. Januar er., Nachmittags 3½ Uhr, in Kupfermühle —
Gasthof Prinz von Preußen

4 Schweine (2 kleinere u. 2 größere),
1 Arbeitspferd,

meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.
Hauff.